

der Treue zum Marxismus-Leninismus und zu den Beschlüssen der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, ein Vorbild ihrer schöpferischen Anwendung.

Wir alle sind glücklich, in unserem Genossen Walter Ulbricht einen so erprobten Arbeiterführer, einen so bewährten Staatsmann an der Spitze des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu wissen, der mit prinzipieller Festigkeit, mit Klugheit und Weitsicht die komplizierten Fragen des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik bewältigt und der auch den friedliebenden, fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik jederzeit mit Rat und Tat zur Seite steht.

Die Vorschläge, die Genosse Walter Ulbricht in seiner Rede hier auf dem Parteitag gemacht hat, zeugen von höchster nationaler Verantwortung, von großer Bereitschaft, Kompromisse im Interesse des Friedens und des friedlichen Miteinanderlebens der Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik einzugehen. Sie werden uns helfen, die Menschen in der Bundesrepublik davon zu überzeugen, daß jetzt die Bundesrepublik an der Reihe ist, ihren Beitrag für Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten, für einen vernünftigen Zustand des friedlichen Zusammenlebens der Deutschen zu leisten.

Die Politik der Stärke der aggressiven imperialistischen und militaristischen Kräfte in der Bundesrepublik hat sich als ein ebenso aussichtsloses wie lebensgefährliches Abenteuer erwiesen. Die Mißerfolge dieser Politik, die zunehmende Unruhe und der wachsende Widerstand der Volksmassen gegen ihre Folgen haben in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zu einer schweren Krise der Adenauer-Regierung geführt. Das 5. Kabinett Adenauer geht denselben Erschütterungen und Krisen entgegen, denn es ist gekennzeichnet durch den Versuch, die gleiche abenteuerliche Politik fortzusetzen.

Die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes gebieten die Beendigung der Politik der Stärke. Sie erfordern einen politischen Neubeginn im Geiste der friedlichen Koexistenz und der Wahrung der demokratischen Volksrechte. Dieser Ablösung der Politik der Gewalt nach innen und außen widersetzen sich die aggressivsten Kreise des Finanzkapitals, die militaristischen Scharfmacher mit allen Mitteln. Sie wollen sich mit den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges nicht abfinden und drängen nach einem Revanchekrieg. Mit ihrer atomaren Vorwärtsstrategie wollen sie die Politik des letzten Risikos bis zur Katastrophe des Atomkrieges treiben.